

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - HAUSHALTSBERATUNGEN AM 31.01.2023

Sitzungsdatum:	Dienstag, den 31.01.2023
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	21:30 Uhr
Ort:	Alte Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

ohne Ziffer 4.2.1.3, Beschluss

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

ohne Ziffer 4.1.10/4.1.11, Beschluss

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

bis 19.30 Uhr, Ziffer 3.2

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

ohne Ziffern 4.1.4 u. 4.2.1.6,
Beschluss

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn	ohne Ziffer 1, Beschluss
Stadträtin Bianca Tröge	
BP-Stadtratsgruppe	
Stadtrat Uwe Hartmann	ohne Ziffer 3.3.1, Beschluss
fraktionslos	
Bürgermeisterin Astrid Glos	ohne Ziffer 4.2.1.6, Beschluss
Stadtrat Lars Goldbach	ohne Ziffer 3.2, Beschluss
Ortssprecher	
Ortssprecher Dieter Pfrenzinger	
Schriftführer	
Verwaltungsfachwirt Herbert Müller	
Berichterstatter	
Bauingenieur Oliver Graumann	
Hauptamtsleiter Peter Grieb	
Verwaltungsfachwirtin Franziska Hager	
Stadtkämmerin Elisa Müller	
Rechtsdirektorin Susanne Schmöger	

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion
 Stadträtin Nina Grötsch
 Stadtrat Thomas Rank
FW-FBW-Stadtratsfraktion
 Stadtrat Georg Wittmann
SPD-Stadtratsfraktion
 Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul
KIK-Stadtratsgruppe
 Stadtrat Wolfgang Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 20.12.2022

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2022 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Vorinformation von Stadtkämmerin Frau Müller zum Haushaltsentwurf

Stadtkämmerin Müller stellt dar, dass nach 2022, das grundsätzlich gut verlief, die Aufstellung im Jahr 2023 wieder deutlich schwieriger war. Im Verwaltungshaushalt sind die Personal- und die Energiekosten die wesentlichen Kostensteigerungen. Im Vermögenshaushalt stehen sehr viele Maßnahmen vor dem Abschluss, so dass die sehr hohe Summe an Investitionen in 2023 kassenwirksam werden könnte.

Sehr erfreulich seien die Gewerbesteuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen.

Trotzdem könne im Finanzplanungszeitraum, trotz hoher Entnahme der Rücklagen, der Haushalt nur durch Kreditaufnahmen ausgeglichen werden.

Sie verweist besonders auf die hohe Anzahl an Haushaltsausgaberesten. Ursprünglich war ihr Ziel, diese Mittel immer im Haushalt wieder zu veranschlagen. Nachdem dies mit Blick auf die Haushaltsaufstellung im Jahr 2023 sehr schwierig war, seien im Entwurf sehr viele Reste enthalten.

Als nächstes gehen Stadtkämmerin Müller sowie Frau Hager, Sachgebietsleiterin Kämmerei anhand einer Präsentation auf den Gesamthaushalt 2023 sowie die Finanzplanung bis 2026 ein. Dieser hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 351.840.860,00 €.

Frau Hager verweist auf die verschiedenen wesentlichen Ausgaben und Einnahmen im Verwaltungshaushalt – gegliedert nach den Einzelplänen bzw. nach den Gruppierungen – und geht auf die wesentlichen Änderungen zum Vorjahr ein.

Die wesentlichen Steigerungen im Bereich der Ausgaben resultieren von den Personalkostenerhöhungen sowie bei den Energiekosten. Erfreulich sei die stabile Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen und den Schlüsselzuweisungen, wodurch im Entwurf 2023 eine Zuführung zum Vermögenshaushalts als wesentliche Einnahmequelle des Vermögenshaushaltes vorgesehen sei.

Nach der Erstellung des Entwurfs ging die Mitteilung des Landkreises auf Erhöhung der Kreisumlage ein, was zusätzliche Kosten von max. 1,0 Mio. € für den Verwaltungshaushalt mit sich bringe. Die abschließende Höhe der Kreisumlage sei noch offen.

Unter Berücksichtigung dessen reduziere sich die Zuführung zum Vermögenshaushalt entsprechend, erreiche jedoch noch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung (= 1.141.100,00 €).

Stadtkämmerin Müller verweist als nächstes auf die wesentlichen Investitionen in den Jahren 2023 bis 2026 in den einzelnen Bereichen und hebt kostenintensive Projekte heraus. Ebenfalls stellt sie die Finanzierung der Investitionen in den Jahren 2023 – 2026 dar, die sich in der Summe auf 72.896.410,00 € belaufen.

Für das Jahr 2023 sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,10 Mio. € für die entgeltfinanzierten Bereiche geplant, im gesamten Finanzplanungszeitraum auch Aufnahmen für den gesamten Haushalt. Den Schuldenstand beziffert sie zum 31.12.2023 auf 9,24 Mio. €, der im Zeitraum bis 2026 auf 12,43 so dass der Schuldenstand zum 31.12.2021 11,39 Mio. € beträgt. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes könnten diese 13,85 Mio. € betragen.

Der Stand der Rücklagen sei mit 24.204.057 € erfreulich hoch. Zum Ende des Finanzplanungszeitraumes sei jedoch nur noch ein Restbestand in Höhe der Mindestrücklage in Höhe von 595.358,00 € bzw. einem zusätzlichen Puffer in Höhe von 60.403,00 € vorhanden.

Die Präsentation der Finanzverwaltung liegt als wesentliche Anlage 1 der Niederschrift bei.

Stadtkämmerin Müller stellt abschließend dar, dass mit Blick auf die Schwierigkeiten der Haushaltsaufstellung im Jahr 2023, für das Jahr 2024 eine Prioritätenliste gemeinsam mit dem Gremium aufgestellt werden soll. Dies sei ein Wunsch aus der Fraktionsvorsitzendenbesprechung gewesen.

Oberbürgermeister Güntner bedankt sich bei der Finanzverwaltung für die sehr gute Arbeit und die Vorlage des Haushaltes.

Er gibt zu bedenken, ob das selbst gesteckte Ziel einer möglichst frühen Haushaltsaufstellung sinnvoll sei, wenn nach dem ersten Entwurf noch die Erhöhung der Kreisumlage eingehe. Vielleicht sei es sinnvoller, diese Zahlen Ende Januar abzuwarten, bevor die Gefahr eines Nachtragshaushaltes bestehe.

Stadtrat Markert möchte wissen, ob die Erhöhung der Kreisumlage die Umsetzung der aufgeführten Projekte gefährde bzw. wie diese finanziert werden sollen. Darüber hinaus möchte er wissen, ob es gegen die Kreisumlage eine Handhabe gebe.

Rechtsdirektorin Schmöger verweist auf verschiedene Rechtsprechung zur Festlegung der Kreisumlage, wonach die Kommunen entsprechend zu beteiligen sind und auch die Leistungsfähigkeit beachtet werden müsste. Gegen den Bescheid des Landkreises zur Kreisumlage könne die Stadt Kitzingen rechtlich vorgehen.

Oberbürgermeister Güntner ergänzt, dass es auch an den städtischen Kreisträten liege, ihre Stimme im Kreistag zu nutzen.

3. Verwaltungshaushalt

3.1. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2023 mit Finanzplanung 2022 - 2026

3.1.1. Unterabschnitt 3400 - Anfrage von Stadträtin Schmidt

Stadträtin Schmidt verweist beim UA 3400 auf die erheblichen Unterschiede zu den Ausgaben im Jahr 2023 und den Folgejahren. Nachdem die Veranstaltungen auch in Zukunft stattfinden werden, müssten dort auch entsprechende Mittel eingestellt werden.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die jährlich notwendige Konkretisierung durch die Fachabteilung, so dass dann die Mittel entsprechend eingestellt werden können.

3.1.2. HHST 4341.7039 - Obdachlosenunterkünfte - Zuschuss Caritas und Diakonie zur sozialen Betreuung

Stadträtin Schmidt wundert sich, dass zu dieser Haushaltsstelle die mögliche Kostenbeteiligung durch den Landkreis Kitzingen in Höhe von 40.000,00 € nicht in Anspruch genommen wurde. Sie möchte wissen, weshalb hierüber kein Beschluss im Gremium gefasst wurde.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die verwaltungsinterne Entscheidung. Der Zuschuss war an die Bedingung geknüpft, diese Beratung auch für Obdachlose im Landkreis bereitzustellen. Obdachlosenführsorge ist immer Aufgabe der jeweiligen Kommune. Die Art und Weise und der Umfang der Betreuung durch den Träger hätte zudem keine Kapazität für diese Ausweitung erlaubt. Bei einer zukünftigen Ausrichtung könne dies jedoch mitgedacht werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht.

3.1.3. HHST 5931.5161 - Unterhalt Skateplatz Bleichwasen

Stadträtin Schmidt möchte wissen, weshalb nach den Ausgaben im Jahr 2021 in den Folgejahren keine weiteren Ausgaben für den Unterhalt vorgesehen sind.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die größere Umbaumaßnahme im Jahr 2021. Weitere ergänzende Maßnahmen seien derzeit nicht vorgesehen.

3.1.4. HHST 6300.6550 - Baumuntersuchungen

Stadträtin Schmidt möchte wissen, weshalb sich die Kosten für Baumuntersuchungen derart erhöht haben.

Frau Hager verweist auf die gesetzliche Vorschrift zur regelmäßigen Untersuchung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht sowie auf den gemeldeten Bedarf durch das Fachamt.

3.1.5. HHST 7901.6321 - Tourist-Info, Öffentlichkeitsarbeit

Stadträtin Schmidt möchte den Grund für die deutliche Steigerung der Kosten wissen.

Oberbürgermeister Güntner stellt dar, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Tourist-Info zur Stärkung des Tourismusstandortes deutlich vorangetrieben werden soll.

3.1.6. HHST 8801.6361 - Bebauter Grundbesitz - Verwaltungsvergütung Bau GmbH

Stadträtin Schmidt möchte den Grund der Steigerung für die Mittel für die Bau GmbH wissen.

Frau Hager verweist auf den jeweils zu gering festgelegten Ansatz der Vorjahre und die nötigen Mittelüberschreitungen in 2022, weshalb der Ansatz für 2023 angepasst wurde.

3.2. Budgetfestlegungen

Oberbürgermeister Güntner wird jedes Budget für etwaige Fragen aufrufen. Die Beschlussfassung der Budgets soll anschließend on bloc erfolgen.

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen besteht Einverständnis.

3.2.1. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budgets "Sachkosten Schulen" - UA 2111, 2112, 2131, 2132 und 2431 Vorlage: 2023/008

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Vom Sachvortrag Nr. 2023/008 wird Kenntnis genommen.

Für das Haushaltsjahr 2022 werden die Budgets „Schulen Sachkosten“
- UA 2111, 2112, 2131, 2132, 2431 – wie folgt festgelegt:

St.-Hedwig Grundschule (UA 2111)	≈ 34.820,00 €
Grundschule Kitzingen-Siedlung (UA 2112)	≈ 35.560,00 €
D.-Paul-Eber-Mittelschule (UA 2131)	≈ 36.900,00 €
Mittelschule Kitzingen-Siedlung (UA 2132)	≈ 27.790,00 €

Friedrich-Bernbeck-Schule, Staatl. Wirtschaftsschule (UA 2431) ≈ 21.230,00 €

**3.2.2. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023;
Budget Musikschule - UA 3331 -
Vorlage: 2023/016**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Vom Sachvortrag Nr. 2023/016 wird Kenntnis genommen.

Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget der Musikschule - UA 3331 -
wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	544.200 €
Ausgaben:	1.005.110 €
Defizit:	460.910 €

**3.2.3. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budget der Alten Synagoge – UA
3420
Vorlage: 2023/031**

Stadträtin Schwab möchte wissen, ob durch die Belegung der Alten Synagoge mit
den Stadtratssitzungen der Alten Synagoge Einnahmen verloren gehen, da sie in
dieser Zeit den Saal nicht an Dritte vermieten kann.

Oberbürgermeister Güntner stellt dar, dass in der Zeit tatsächlich die Synagoge nicht
anderweitig vermietet werden kann, jedoch die Sitzungsplanung langfristig und in
Abstimmung mit der Alten Synagoge erfolge.

Frau Hager ergänzt, dass für die Nutzung eine innere Verrechnung erfolge und die
Alte Synagoge auch hierbei Einnahmen generiere.

Stadträtin Schwab verweist in diesem Zusammenhang auf die Umfrage zum Verbleib
von Stadtratssitzungen in der Alten Synagoge, an der sich nur wenige beteiligt ha-
ben.

Hauptamtsleiter Grieb stellt dar, dass sich die Mehrheit der Rückmeldungen für einen
Verbleib in der Alten Synagoge ausgesprochen haben. Zudem war kommuniziert,
dass eine Nichtmeldung als Zustimmung gewertet werde.

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2023/031 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget der Alten Synagoge – UA 3420 –
wie folgt festgelegt:

Einnahmen	72.600,00 €
Ausgaben	344.850 €
Defizit:	272.250,00 €

**3.2.4. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budget der Volkshochschule - UA 3501 -
Vorlage: 2023/032**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen (Sitzungsvorlage 2023/032).

Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget der Volkshochschule – UA 3501 – wie folgt festgelegt:

Einnahmen	302.250,00 €
<u>Ausgaben</u>	<u>603.370,00 €</u>
Defizit	301.120,00 €

**3.2.5. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023 ; Budget Stadtbücherei - UA 3521
Vorlage: 2023/027**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Vom Sachvortrag Nr. 2023/027 wird Kenntnis genommen.

Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget der Stadtbücherei – UA 3521- wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	23.800,00 €
Ausgaben:	<u>264.340,00 €</u>
Defizit:	<u>240.540,00 €</u>

**3.2.6. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023;
SG 14 jungStil - Jugendarbeit der Stadt Kitzingen
Vorlage: 2023/007**

beschlossen dafür 24 dagegen 1

Vom Sachvortrag 2023/007 wird Kenntnis genommen.

Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Gesamtbudget der städtischen Jugendarbeit jungStil -UA 4605- wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	15.500,00
Ausgaben:	323.900,00
Defizit:	308.400,00

Das Defizit des Budgets 2023 vermehrt sich gegenüber 2022 (299.370,00 €) um 9.030,00 € auf 308.400,00 €.

3.2.7. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budget Gärtnerei - UA 5821 - Vorlage: 2023/005

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2023/005 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget Gärtnerei – UA 5821 – wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	1.651.500 €
Ausgaben:	<u>1.646.070 €</u>
Überschuss:	<u>5.430 €</u>

3.2.8. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budget Bauhof - UA 7711 - Vorlage: 2023/004

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2023/004 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget Bauhof – UA 7711 – wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	2.913.700 €
Ausgaben:	2.893.080 €
Überschuss:	<u>20.620 €</u>

3.2.9. Budgetfestlegung für das Haushaltsjahr 2023; Budget Touristinfo - UA 7901 Vorlage: 2023/024

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2023/24 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Budget der Touristinformation – UA 7901 – wie folgt festgelegt:

Einnahmen:	73.000 €
Ausgaben:	<u>438.030 €</u>
Defizit:	<u>365.030 €</u>

3.3. Anträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt

3.3.1. Antrag des Beirates für Senioren und Menschen mit Behinderung zum Verwaltungshaushalt 2023

Vorlage: 2023/009

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2023/009 wird Kenntnis genommen.
2. Für die Sanierung / Barrierefreiheit der Toiletten der Stadt Kitzingen sind 40.000 € in den Haushalt 2023 einzustellen.

Stadtrat Dr. Küntzer ist der Auffassung, dass dieser Antrag sinnvollerweise unterjährig gestellt werden sollte, da dann eine umfassende Vorbereitung und Stellungnahme durch das Fachamt erfolgen könne. Als Haushaltsantrag, auch wenn er finanzielle Auswirkungen habe, sei dieser unglücklich.

4. Vermögenshaushalt

4.1. Beratung des Vermögenshaushaltes 2023 mit Finanzplanung 2022 - 2026

4.1.1. HHST 1400.9590 - Durchführung Schwachstellenanalyse zum Hochwasserschutz

Auf Nachfrage stellt Oberbürgermeister Güntner dar, dass die Vorbereitungen bereits erledigt seien, die Mittel im Jahr 2022 lediglich nicht kassenwirksam wurden. Über den HAR sei die Verwaltung in 2023 handlungsfähig.

4.1.2. HHST 2431.9452 - Generalinstandsetzung Friedrich-Bernbeck-Schule Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher verweist auf die dramatische Darstellung bei der Beratung im Stadtrat zum Zustand des Dachstuhls in der FBS und wundert sich über das Verschieben der Mittel in den Finanzplanungsrest.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass ein Sanierungsbedarf der Schule bestehe, jedoch es gegenwärtig nicht zu finanzieren sei. Dabei werde der Dachstuhl regelmäßig untersucht. Ein akuter Bedarf bestehe derzeit nicht.

4.1.3. HHST 3420.9631 - Konferenz-Mikrofontechnik Alte Synagoge für Stadtratssitzungen Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher spricht sich für das Einsparen der Konferenztechnik in Höhe von 45.000,00 € aus.

Oberbürgermeister Güntner stellt dar, dass dies dem Verbleib der Stadtratssitzungen in der Alten Synagoge geschuldet sei.

Hauptamtsleiter Grieb ergänzt, dass mit der verbundenen Anschaffung der Videotechnik auch die rechtliche Möglichkeit von Hybridsitzungen umgesetzt werden könne.

Stadtkämmerin Müller verweist auf den vorliegenden Antrag zu dieser Haushaltsstelle, welcher beim nächsten Tageordnungspunkt behandelt werde.

**4.1.4. HHST 3601.9580 - Renaturierung Rödelbach
HHST 3601.9581 Renaturierung Sickerbach, Planungskosten
Antrag von Stadtrat Sanzenbacher**

Stadtrat Sanzenbacher beantragt die Kosten für die Renaturierung des Rödelbachs in Höhe von 180.000,00 € vom Jahr 2025 auf das Jahr 2023 vorzuziehen.

Außerdem stellt er den Antrag die Planungskosten für die Renaturierung des Sickerbachs in Höhe von 30.000,00 € auf das Jahr 2023 vorzuziehen.

Als Deckung verweist er auf die Mikrofonanlage in der Alten Synagoge, über die noch Beschlussgefasst werden müsse. Außerdem soll die HHST 7901.9350 – Tourist-Info; Besucherleitsystem in Höhe von 84.100,00 € in den Finanzplanungsrest verschoben werden.

In folgender Diskussion wird ein Vorziehen grundsätzlich befürwortet. Hinsichtlich der Deckung mit Mitteln der Tourist-Info wird zu Bedenken gegeben, dass sich diese zum Antrag nicht äußern könne und ggf. hier bereits Planungen bzw. sogar Aufträge veranlasst sein könnten.

Auf den Hinweis von Stadtrat Pauluhn, die Mittel für den Rödelbach ins Jahr 2024 zu schieben, nachdem eine Umsetzung in 2023 mit Blick auf die Vorarbeiten und Ausschreibungen nicht realistisch sei, ändert Stadtrat Sanzenbacher seinen Antrag insofern ab.

Stadtrat Pauluhn stellt dar, neben den Ausgaben müssten auch die Einnahmen in Höhe von 120.000,00 € um ein Jahr vorgezogen werden.

beschlossen dafür 14 dagegen 10

Es besteht Einverständnis, bei der HHST 3601.9580, Renaturierung Rödelbach die Mittel in Höhe von 180.000,00 € von 2025 auf 2024 vorzuziehen.

Es besteht Einverständnis, bei der HHST 3601.9581, Planungskosten Renaturierung Sickerbach die Mittel in Höhe von 30.000,00 € von 2024 auf 2023 vorzuziehen.

Oberbürgermeister Güntner bittet sodann um Beschlussfassung der vorgeschlagenen Deckung – Besucherleitsystem Innenstadt von 2023 auf 2025.

Stadtkämmerin Müller ergänzt, dass dann neben den 84.100,00 € im Vermögenshaushalt die dazugehörige Umsatzsteuer im Verwaltungshaushalt (7901.6412) in Höhe von 15.900,00 € entsprechend verschoben werden müsse.

beschlossen dafür 16 dagegen 8

Es besteht Einverständnis, die Mittel für das Besucherleitsystem Innenstadt von 2023 auf 2025 zu verschieben.

**4.1.5. HHST 4605.9420 - Neubau Haus für Jugend und Familie
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher**

Stadtrat Sanzenbacher möchte wissen, ob in den Gesamtkosten auch das Mobiliar enthalten sei.

Stadtkämmerin Müller bejaht dies.

**4.1.6. HHST 5652.9450 - Generalsanierung Sportzentrum Sickergrund
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser wundert sich hinsichtlich der Einstellung der Mittel über die Differenz zu den Gesamtkosten. Außerdem hinterfragt er die Art und Weise der Einstellung der Einnahmen.

Stadtkämmerin Müller verweist auf die Einstellung der Umsatzsteuer im Verwaltungshaushalt, weshalb es zu dieser differenzierten Darstellung komme. Einnahmen sind getrennt von den Ausgaben zu veranschlagen und gehen oft erst im Folgejahr ein (z. B. Zuschüsse).

**4.1.7. HHST 5800.9550 - Realisierung Naherholungsbereich Sickergrund
HHST 5931.9590 - Sickerpark Wettbewerb
Anfrage von Stadträtin Schmidt**

Stadträtin Schmidt zeigt sich verwundert über die doppelte Einstellung für Kosten für den Naherholungsbereich Sickergrund in Form von Planungskosten sowie von Wettbewerbskosten.

Ihrer Auffassung nach könnten die Kosten für den Wettbewerb gestrichen werden. Bauamtsleiter Graumann klärt auf, dass im Zuge der Realisierung des BikeParkes im Bereich des Sickergrundes eine Förderung in Höhe von 90 % in Aussicht gestellt wurde, wenn dieser in einem gesamtgestalterischen Areal eingebettet werde. Dies müsse in einem wettbewerblichen Verfahren geschehen.

In diesem Zusammenhang hinterfragt Stadtrat Sanzenbacher die Einstellung der Mittel bei HHST 5931.9581 – Neubau eines BikePark hinsichtlich der ordentlichen Einstellung im Jahr 2023, des Haushaltsrestes in 2022 und den Kosten im Finanzplanungsrest in Höhe von 1,25 Mio. €.

Stadtkämmerin Müller stellt dar, dass der BikePark im Jahr 2023 umgesetzt werden soll. Zur Finanzierung diene neben dem Ansatz auch der Ausgaberes. Die Mittel im Finanzplanungsrest können je nach Ergebnis des Wettbewerbs entsprechend vorgezogen werden.

Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

**4.1.8. HHST 6101.9590 Allgemeine Gutachten, B-Plan und FNP-Änderung
HHST 6101.9591 - Fortschreibung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher**

Stadtrat Sanzenbacher möchte wissen, ob es bei den Maßnahmen möglicherweise zu Überschneidungen kommt und dabei ein Einsparungspotential bestehe.

Stadtkämmerin Müller verneint dies. Es handle sich zum einen um die konkrete Fortschreibung des Flächennutzungsplan sowie zum anderen um einen pauschalen Ansatz bei möglichen Änderungen von Bebauungsplänen.

**4.1.9. HHST 6300.9351 - Abstellmöglichkeiten f. E-Bikes und Lastenfahrräder
Anfrage von Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald**

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald möchte wissen, wo diese Abstellmöglichkeit geschaffen wurde.

Oberbürgermeister Güntner stellt dar, dass im Bereich der Firma Högner Lademöglichkeiten für E-Bikes geschaffen wurden.

4.1.10 HHST 6300.9560 - Spurrillenbeseitigung Süd-/Westtangente
Antrag von Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald stellt den Antrag die Mittel für die Spurrillenbeseitigung bei der HHST 6300.9560 in Höhe von insgesamt 300.000,00 € um je ein Jahr von 2023/2024 auf 2024/2025 zu verschieben.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf das ständige Verschieben in der Vergangenheit und die punktuellen Flickarbeiten durch den Bauhof. Aus seiner Sicht muss die Maßnahme in 2023 dringend begonnen werden.

abgelehnt **dafür 3 dagegen 21**

Der Antrag von Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald den Ansatz im Jahr 2023 in Höhe von 200.000,00 € ins Jahr 2024 sowie den Ansatz im Jahr 2024 in Höhe von 100.000,00 € ins Jahr 2025 zu verschieben wurde abgelehnt.

4.1.11 HHST 6315.9501 - Signalanlage Kreuzungspunkt ST2271/Panzerstraße
Antrag von Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald stellt den Antrag, die Mittel in Höhe von 30.000,00 € für die Signalanlage an der Kreuzung ST2271/Panzerstraße in Höhe von 30.000,00 € auf das Jahr 2024 zu verschieben.

Stadtrat Müller unterstützt den Antrag und stellt dar, dass mit der Weiterführung der höhengleichen Kreuzung sowie dem Bau des Kreisels am ConneKT bzw. Richthofen Circle sich die Lage an dieser Kreuzung wieder entspannen könnte.

beschlossen **dafür 21 dagegen 3**

Es besteht Einverständnis, die Mittel bei HHST 6315.9501 in Höhe von 30.000,00 € von 2023 auf 2024 zu verschieben.

4.1.12 HHST 6482.9560/9590 - Wettbewerb bzw. Bau- und Nebenkosten Alte Mainbrücke
Anfrage von Stadtrat Paul

Stadtrat Paul verweist auf den dringlichen Handlungsbedarf bei der Alten Mainbrücke und wundert sich über die Einstellung der Mittel im Finanzplanungsrest.

Bauamtsleiter Graumann bejaht den dringenden Handlungsbedarf. Dabei werde die Verwaltung parallel vorgehen. Zum einen das dringliche Handeln bei vorliegenden Schäden sowie zum anderen die Vorbereitung der Generalsanierung in Form eines Wettbewerbs.

4.1.13 Anfrage von Stadtrat Pauluhn
Mittel für eCar-Sharing

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Beschluss zur Umsetzung des eCar-Sharings und möchte wissen, wo die hierfür notwendigen Kosten eingestellt werden.

Hauptamtsleiter Grieb verweist auf noch offene Fragestellung mit der LKW, die noch nicht geklärt seien.

4.1.14 HHST 6306.9592 - Bahnhofsvorplatz Baunebenkosten
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher möchte wissen, welche Kosten hier bislang für den Bahnhofsvorplatz angefallen seien.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass gegenwärtig die Leistungsphase 2 bearbeitet wurde und hierfür für das beauftragte Büro Kosten angefallen seien. Als nächstes werde das VgV-Verfahren vorbereitet, damit die Planungen weitergeführt werden können.

4.1.15 HHST 6309.9810 - Rückforderungen aus den Feststellungen des Obersten Rechnungshofes zum Bau der Nordtangente
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher möchte wissen, weshalb bei dieser Haushaltsstelle keine Mittel eingestellt seien.

Stadtkämmerin Müller erklärt, dass im Jahr 2022 die aus Sicht der Stadt Kitzingen unstrittige Forderung außerplanmäßig überwiesen wurde.

Sollte eine weitere Forderung, die zudem begründet sein müsste, eingehen, so kann diese ebenfalls wieder im Rahmen der flexiblen Haushaltsführung bereitgestellt werden.

4.1.16 HHST 6403.9560 - Neugestaltung Sickershäuser Straße im Bereich KiGa St. Vinzenz
Antrag von Stadträtin Schmidt

Stadträtin Schmidt verweist auf die unbefriedigende verkehrliche Situation und auf den dringlichen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Nachdem der Grundsatzbeschluss bereits aus dem Jahr 2013 sei, beantragt sie, die Mittel in Höhe von 70.000,00 € von 2026 ins Jahr 2023 vorzuziehen.

Bauamtsleiter Graumann bestätigt einen grundsätzlichen Handlungsbedarf, jedoch wurde die Priorität mit Blick auf die vorhandenen Haushaltsmittel derzeit nicht gesehen.

Stadträtin Schmidt bittet als Zeichen, die Mittel zumindest ins Haushaltsjahr 2024 vorzuziehen.

Die Bitte von Oberbürgermeister Güntner, dass die Mittel bei der Haushaltsaufstellung 2024 entsprechend priorisiert und vorgezogen werden könnten, nimmt Stadträtin Schmidt an.

Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

4.1.17 HHST 7070.9030 - Zuführung zum Verwaltungshaushalt aus Sonderrücklagen
Abwasserbeseitigung
Anfrage von Stadtrat Paul

Stadtrat Paul möchte wissen, was sich hinter dieser Haushaltsposition verberge.

Frau Hager erklärt, dass erstmals eine Entnahme aus der Sonderrücklage aufgrund Mehrausgaben im Abwasserbereich erfolge. Mit dieser Position werden die Mittel dem Verwaltungshaushalt zugeführt, die dort als Einnahme dienen.

4.1.18 HHST 7711.9350 - Möbel Eingangsbereich und Treppenhaus Bauhof
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher hinterfragt die Kostenhöhe für die Umgestaltung des Eingangsbereiches im Bauhof.

Herr Pfrenzinger erklärt, dass die gesamte Gestaltung und das Mobiliar 30 Jahre alt sei und in einem Zuge erneuert werden solle.

4.1.19 HHST 8802.9410 - Abbruchkosten Alte Poststraße 30
Anfrage von Stadtrat Sanzenbacher

Stadtrat Sanzenbacher ist der Auffassung, nachdem keine Mittel für den Abriss eingestellt seien, das Anwesen wieder zu verkaufen.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die noch ausstehende Entscheidung zur Entwicklung des Anwesens. Anschließend können die Mittel entsprechend vorgezogen werden.

4.1.20 HHST 8802.9580 - Ertüchtigung Warehouse
Anfrage von Stadtrat Paul

Stadtrat Paul möchte wissen, wobei es sich um das Warehouse handle.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die alten Bunkeranlagen im Klosterfort, die die Stadt in 2023 zu Lagerzwecken erwerben möchte. Mit diesen Mitteln soll das Gebäude ertüchtigt werden.

4.1.21 HHST 8810.9321 - Erwerb von Flächen u. a. für künftige Bau- und Gewerbegebiete
Anfrage von Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald möchte wissen, ob mit diesen Mitteln konkrete Projekte verfolgt werden oder ob es lediglich Pauschalansätze seien, die dann ihrer Auffassung nach verschoben werden könnten.

Stadtkämmerin Müller verweist auf die Notwendigkeit von Schaffung von Bau- oder Gewerbeflächen, wofür diese Mittel pauschal eingestellt seien. Verplant für konkrete Käufe seien diese nicht.

Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

4.1.22 Anfrage von Stadtrat Paul
Beschaffung einer Kehrmaschine auf verschiedenen Haushaltsstellen

Stadtrat Paul verweist auf die Beschaffung einer Kehrmaschine, die jeweils bei unmittelbar angrenzenden Liegenschaften (FBS, Deusterhalle) eingestellt sei. Er möchte wissen, ob es sich dabei um nur eine Kehrmaschine handle.

Stadtkämmerin Müller bejaht dies. Die Beschaffung werde auf die genannten Bereiche aufgeteilt.

4.2. Anträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt

4.2.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen: FW - FBW Kitzingen, USW Kitzingen, Pro Kitzingen, Bayernpartei und Bürgermeisterin Astrid Glos zum Vermögenshaushalt 2023 Vorlage: 2023/028

Von den genannten Fraktionen/Gruppen lag ein gemeinsamer Antrag zu verschiedenen Haushaltspositionen vor, wozu die Verwaltung im Vorfeld jeweils Stellung genommen hat.

Stadtrat May stellt fest, dass sich durch die Antworten bzw. durch bereits erfolgte Beschlüsse während der Beratungen die Anträge zu den Ziffern 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 16, 18, 21, 23, 24, 25 erledigt haben.

Zu den übrigen Ziffern erfolgte eine weitere Aussprache bzw. Beschlussfassung.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

4.2.1. HHST 3420.9631 - Konferenz-Mikrofon-Technik mit Videoübertragung u.a. für Stadtratssitzungen 1.

Stadtrat May beantragt die Mittel in Höhe von 45.000,00 € in den Finanzplanungsrest zu verschieben, da er keine Notwendigkeit an der Anschaffung sehe.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die Umfrage zum dauerhaften Verbleib der Stadtratssitzungen in der Alten Synagoge. Neben der besseren Qualität, wenn jeder Redner seine eigene Sprechstelle habe, könne mit diesem System in der nächsten Stufe auch die nun gesetzliche Möglichkeit von Hybridsitzungen umgesetzt werden. Hauptamtsleiter Grieb ergänzt, dass das System jederzeit auch flexibel genutzt werden könne und es ermöglicht Hybridsitzungen ohne weiteren technischen Aufwand, nachdem die Kameras den Redner eigenständig erkennen. Sollte die Stadt Hybridsitzung kurzfristig umsetzen wollen, sei man handlungsfähig ohne auf einen teureren externen Dienstleister zugehen zu müssen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Sinn und Zweck der Einstellung der Mittel, wobei nur wenige Redner die Anschaffung für eine sinnvolle Investition halten.

Dabei wird auch angemerkt, dass nicht alle Stadträte in der Alten Synagoge verbleiben möchten.

Hauptamtsleiter Grieb verweist auf das eindeutige Ergebnis der Umfrage, was die Verwaltung zu diesem Entschluss veranlasste und stellt nochmals die Argumente dafür dar (Kosteneinsparung Fluchtweg Neuer Sitzungssaal, Technik Alte Synagoge, Besucherplätze auf der Empore).

Oberbürgermeister Güntner lässt abschließend über den Antrag auf Verschiebung in den Finanzplanungsrest abstimmen.

beschlossen dafür 18 dagegen 7

Es besteht Einverständnis, die Mittel für die Konferenz-Mikrofon-Technik mit Videoübertrag u. a. für Stadtratssitzungen in Höhe von 45.000,00 € von 2023 in den Finanzplanungsrest zu verschieben.

4.2.1. HHST 5931.9580 - Errichtung eines Biberlehrpfades inkl. Biber-Rucksack

2.

Stadtrat May beantragt die Mittel für den Biberlehrpfad in Höhe von 70.000,00 € vom Finanzplanungsfest auf das Jahr 2023 vorzuziehen.

Im Rahmen der Diskussion und mit Blick auf die notwendige Deckung (hier: Mikrofon-Anlage) bittet Stadtrat May, die Mittel auf 45.000,00 € zu reduzieren und ins Jahr 2023 vorzuziehen.

beschlossen dafür 23 dagegen 2

Es besteht Einverständnis, die Mittel für den Biberlehrpfad von 70.000,00 € auf 45.000,00 € zu reduzieren und vom Finanzplanungsrest in das Haushaltsjahr 2023 vorzuziehen.

4.2.1. UA 6151 - Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

3.

Stadtrat May hinterfragt folgende Ansätze kritisch und beantragt eine Verschiebung in den Finanzplanungsrest.

- HHST 6515.9590 – Kommunales Förderprogramm gem. Strukturkonzept Südstadt mit 80.000,00 € in 2024
- HHST 6515.9591 – Kommunales Förderprogramm gem. Strukturkonzept Et-washausen mit 50.000,00 € in 2024
- HHST 6515.9592 – Quartierskonzept Hindenburg Ring Süd/Wörthstraße/Glauberstraße mit 150.000,00 € in 2023 bis 2025.
- HHST 6515.9595 – Maßnahmen zur Innenstadt-Förderinitiative React-EU mit 310.000,00 € in 2023.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die React-EU Mittel nicht verschoben werden können. Diese würden ansonsten verfallen. Es sind u. a. die Mittel für den Wettbewerb Umgestaltung Innenstadt, der gegenwärtig durchgeführt werde. Die Förderhöhe liegt bei 90 %.

Die übrigen Fördermaßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Förderung für Dach und Fassade und wurden in der Vergangenheit stets geschoben. Die Maßnahmen sind gegenwärtig in der Vorbereitung, so dass diese entsprechend der Ansätze umgesetzt werden sollen. Die Förderung beträgt hier 60 %.

Stadtrat May zieht darauf den Antrag für React zurück. Die übrigen Ansätze sollen nochmals um je ein Jahr verschoben werden.

abgelehnt dafür 10 dagegen 14

Der Antrag auf Verschiebung der Mittel um je ein Jahr bei Folgenden Haushaltsstellen wurde abgelehnt:

- HHST 6515.9590 – Kommunales Förderprogramm gem. Strukturkonzept Südstadt
- HHST 6515.9591 – Kommunales Förderprogramm gem. Strukturkonzept Et-washausen
- HHST 6515.9592 – Quartierskonzept Hindenburg Ring Süd/Wörthstraße/Glauberstraße -

4.2.1. HHST 6709.9582 - Erneuerung und Erweiterung Straßenbeleuchtung auf LED
4.

Stadtrat May ist der Auffassung, dass die Mittel für die Umstellung der Straßenbeleuchtung erhöht werden sollten, nachdem sich diese letztlich auch auf die Energiekosten auswirken würden.

Stadtkämmerin Müller verweist auf die jährliche Einstellung bis 2025 in Höhe von je 70.000,00 €, was der Leistungsfähigkeit seitens des Tiefbauverwaltung und deren Meldungen entspreche.

Oberbürgermeister Güntner ergänzt, dass Herr Hein hierrüber in einer Sitzung des Bau- und Umweltausschusses berichtet habe.

Stadtrat May erklärt sich mit der Einstellung der Mittel in Höhe von 70.000,00 € in 2023 einverstanden, werde hinsichtlich der Folgejahre nochmals auf die Verwaltung zukommen.

4.2.1. HHST 7622.9450 - PV Anlage Stadtteilzentrum Siedlung
5.

Stadtrat May wundert sich über die Installation einer PV Anlage auf dem Stadtteilzentrum, nachdem dort tagsüber im Vergleich zu anderen Liegenschaften wenig Strom verbraucht werde.

PV-Anlagen sollten bei den großen Stromverbrauchern z. B. den Schulen errichtet werden, weshalb 250.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden sollten.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf eine ständige Prüfung zur Schaffung von PV-Anlagen. In der Regel sind die Mittel bei den jeweiligen Umbaumaßnahmen enthalten, so dass der pauschale Ansatz nicht benötigt werde. Im Übrigen gibt es zwei Stadtratsbeschlüsse, welche noch in der Umsetzung sind.

Stadtrat May nimmt dies zur Kenntnis und werde dieses Thema nochmals im nächsten Stadtentwicklungsbeirat ansprechen.

Die Mittel bleiben unverändert.

4.2.1. HHST 6453.9502 - Verbreiterung Radweg Mainstockheim
6. HST 8802.9452 - Sanierungskosten Herrnstraße 18

Es wird beantragt, die Mittel für die Verbreiterung eines Teilstücks des Radwegs nach Mainstockheim vorzuziehen.

Als Deckung für diese Maßnahme sollen die Mittel für die Sanierung der Herrnstraße 18 um ein Jahr in das Haushaltsjahr 2024 verschoben werden.

Bauamtsleiter Graumann gibt zu bedenken, dass die Vorarbeiten bereits angelaufen seien und im Jahr 2022 bereits 25.000,00 € kassenwirksam wurden. Es sei nicht zielführend, diese Planungen nun zu unterbrechen. Die Mittel werden für notwendige Untersuchungen eingestellt, um Vorschläge für die zukünftige Nutzung zu erhalten.

abgelehnt

dafür 9 dagegen 14

Der Antrag, die Mittel für die Verbreiterung eines Teilstücks des Radwegs nach Mainstockheim vorzuziehen und als Deckung die Mittel für die Sanierung der Herrnstraße 18 um ein Jahr in das Haushaltsjahr 2024 zu verschieben, wurde abgelehnt.

5. Beratung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes 2023 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen mit Finanzplanung 2022 - 2026

Frau Hager gibt einen kurzen Überblick zum Haushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe und stellt fest, dass sich die Zinsentwicklung positiv bemerkbar mache. Zwar erwirtschaftete man nach wie vor keine Zuführung zum Vermögenshaushalt, die Differenz sei jedoch aufgrund der Zinsentwicklung geringer als in den Vorjahren.

Zum Haushalt der Stiftung bestehen keine Fragen. Die Informationen und vorliegenden Unterlagen werden zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 21:30 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt